



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



AUS DEM INHALT

Ausgabe Dezember 2019

- **Militärintervention der Türkei**
- **Seenotrettung**
- **EU-Haushalt 2020**
- **Datenschutzverordnung**
- **Terrorismusregister**

Liebe Leserinnen und Leser,

zum Jahresabschluss freue ich mich Ihnen mitteilen zu können, dass wir zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Eurospots davon ausgehen können, dass die neue EU-Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen zum 1. Dezember ihre Tätigkeit aufnehmen kann, da sie im Plenum in Straßburg in der letzten Novemberwoche ihre Bestätigung durch das Europäische Parlament erhalten hat. Als letzter wurde der ungarische Kommissar Olivér Várhelyi im Auswärtigen Ausschuss mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit bestätigt. Er wird für EU-Erweiterung und die östliche und südliche Nachbarschaft der EU zuständig sein.

Ein Thema nehmen wir ungeklärt mit ins neue Jahr - den Brexit. Hier wissen wir frühestens in Kenntnis des Ergebnisses der Unterhauswahl am 12. Dezember, ob wir den Austritt zum 31. Januar erleben werden. Bei einer absoluten Mehrheit für Boris Johnson und seine Konservative Partei wohl eher ja. Für den Fall unklarer Mehrheitsverhältnisse könnte es doch noch zu einem zweiten Referendum kommen, allerdings nicht bis zum 31. Januar. Also dann eine nochmalige Verlängerung? Wir werden sehen. Irgendwann wird die unendliche Geschichte doch noch zum Ende kommen.

Zum Schluss wünsche ich Ihnen, Ihren Familien und Freunden ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Neue Jahr! Möge es friedlicher werden in vielen Teilen der Welt. Und möge die Erkenntnis wachsen, dass wir Europäer am besten gemeinsam die großen Herausforderungen angehen!

In diesem Sinne grüße ich Sie herzlich!

Ihr

Michael Gahler



EU-Parlament verurteilt Militärintervention der Türkei



Das Europäische Parlament hat am 24. Oktober im Straßburg eine Resolution verabschiedet, die die Operation „Friedensquelle“, wie sie vom Präsident der Türkei Recep Tayyip Erdogan bezeichnet wird, aufs Schärfste verurteilt. Die Militäroffensive der Türkei in den Norden Syriens begann am 9. Oktober. Die Türkei will eine Pufferzone zwischen den Ländern schaffen, um dort syrische Flüchtlinge, die in der Türkei leben, anzusiedeln. In dieser Region

leben vor allem Kurden, die durch diese Militäroperation in großer Zahl vertrieben und getötet werden.

Die Europaabgeordneten forderten den Rat auf, Wirtschaftssanktionen gegenüber der Türkei zu erlassen. Weiterhin sollen Handelspräferenzen im Rahmen des Abkommens über Agrarprodukte eingestellt, bei Erfordernis sogar die Gültigkeit der Zollunion zwischen der EU und der Türkei ausgesetzt werden.

Auch Michael Gahler, außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, forderte einen sofortigen Abzug der türkischen Truppen aus Syrien. Entsprechend sollen der Türkei wesentliche Finanzhilfen gekürzt werden, bis Erdogan wieder das Völkerrecht einhält und im Lande selbst zur Rechtsstaatlichkeit zurückkehrt.

Des Weiteren muss eine Sicherheitszone in Nordsyrien eingerichtet werden, um die Menschen in der Region zu schützen. Diese soll unter der Führung der Vereinten Nationen gewährleistet werden, um eine möglichst breite Unterstützung zu gewährleisten. Europa muss sich künftig verstärkt in Krisengebieten vor seiner Haustür engagieren, wie bereits auch die deutsche Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer gefordert hatte.

Seenotrettung: Europaparlament verwirft Entschließung

Am 24. Oktober hat das Europäische Parlament Entschließungen zur See-

notrettung diskutiert. In der Plenardebatte wurden zunächst über mehrere Re-

solutionsvorschläge diskutiert und dann abgestimmt, wobei jedoch keiner der

Vorschläge die Mehrheit erlangte und somit nicht angenommen wurde.

Einen Entwurf, den die Fraktionen links der EVP-Fraktion unterstützten, lehnte die EVP nach gescheiterten Änderungsanträgen im Ple-

tur. Im Gegenzug werden Nichtregierungsorganisationen eine Art „goldener Handschlag“ erteilt - Organisationen, die private Interessen verfolgen und nicht staatliche bzw. EU-Institutionen sind. Außerdem gibt es im Entwurf keinen

staaten, die Möglichkeit weiterer Rückführungsabkommen und die Zusammenarbeit aller Akteure beim Kampf gegen den Menschensmuggel. Des Weiteren muss zwischen internationalem Schutzstatus und ökonomisch



motivierter Migration unterschieden werden, auch um legale Zuwanderungsmöglichkeiten zu erleichtern. Dazu fehlt die Aufforderung an die Kommission und die Mitgliedsstaaten, mehr Ressourcen für Such- und

num schließlich geschlossen ab. Die EVP legte daraufhin einen alternativen Vorschlag vor, der jedoch keine Mehrheit fand.

Aus Sicht der EVP-Fraktion sprach gegen den Resolutionsvorschlag der linken Fraktionen, dass die Rolle der europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache Frontex hier falsch interpretiert wird. Eine Berichterstattung über Operationen, Aktivitäten auf See, etc. sind nicht die Aufgabe einer Grenzschutzagen-

Ansatz, der die organisierte Kriminalität und den Menschensmuggel bekämpft - im Gegenteil wird der durch andere Punkte noch weiter unterstützt. Des Weiteren fokussiert man in der Resolution hauptsächlich die Situation in Libyen, die bekanntermaßen zwar schwierig ist, allerdings ist die EU dort bereits.

Auf der anderen Seite fehlen wichtige Punkte in der Resolution. Dazu gehören die Verantwortung der Herkunfts- und Transit-

Rettungsmissionen bereitzustellen. Dabei kann auch mit NGOs zusammengearbeitet werden, solange diese sich klar an internationales und europäisches Recht halten.

Nun muss das Parlament weiter an einer Lösung arbeiten, um eine gemeinsame Entschließung zu verabschieden. Denn im Zeichen der Grundwerte der Europäischen Union ist es selbstverständlich, dass Menschen in Not geholfen werden muss.

Parlament legt Haushaltsprioritäten für den EU-Haushalt 2020 fest



Employment Initiative) weiter verstärkt werden.

Das Europäische Parlament wird den Haushalt dort anpassen, wo es notwendig ist. Das heißt unter anderem, die Abgeordneten wollen deutlich weniger Unterstützung für

Am 23. Oktober verabschiedete das Plenum des Europäischen Parlaments seine Position zum EU-Budget 2020. Im Bericht des Europäischen Parlaments wurden die Prioritäten für den EU-Haushalt 2020 klar festgelegt: Es soll sichergestellt werden, ehrgeizige Klimaziele erfolgreich mit Programmen zu

kombinieren, die neue Arbeitsplätze schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Es ist notwendig, mehr Bildungsmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen. Deshalb müssen das Austausch- und Bildungsprogramm Erasmus+ sowie die Beschäftigungsinitiative für Jugendliche YEI (Youth

die Regierung der Türkei, die weiterhin Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit ignoriert und derzeit die gesamte Nahost-Region mit ihrem aggressiven Verhalten destabilisiert. In der Zwischenzeit haben sich Rat und Parlament auf einen Gesamthaushalt von 153,5 Mrd. Euro geeinigt.

Europas Bürger werden zufriedener

Die Europäische Kommission hat nach den Wahlen zum Europäischen Parlament eine Eurobarometer-Umfrage in Auftrag gegeben. Dabei erfreut sich die

Europäische Union in verschiedenen Sachbereichen großer Zustimmung.

In der Einstellung zur EU im Ganzen ist die Zuversicht-

lichkeit im Vergleich zum Vorjahr sogar auf 61 Prozent gestiegen. Dazu befürworteten im Euroraum mehr als drei Viertel der Befragten die gemeinsame Währung.

In allen Mitgliedstaaten fühlen sich die Befragten mehrheitlich als EU Bürger. In Deutschland macht dies sogar 87 Prozent der Bevölkerung aus. Auch die Freizügigkeit im EU-Raum bewertet ein sehr großer Teil der Europäer positiv.

Neben den Zustimmungswerten befragte die Kommission die Bürger auch nach den politischen Aufgabenbereichen, die im

Fokus der politischen Arbeit der EU stehen solle. Mit 34 Prozent sehen gut ein Drittel der Befragten das Thema Zuwanderung als wichtigste europäische Aufgabe an, das ist der Höchstwert. In Deutschland hingegen wird jedoch eine europäische Aufgabe als wichtiger bewertet: Das ist mit 37 Prozent der Klimawandel. Ebenfalls auf europäischer Ebene als wichtig bewertet wird die

wirtschaftliche Lage, der Zustand der öffentlichen Finanzen der Mitgliedsstaaten und der Terrorismus.

Letztlich lässt sich zusammenfassen, dass das Vertrauen in die EU-Institutionen seit 2014 nicht mehr so hoch wahr und dass dieses auch in vielen Fällen höher ist als in die nationalen Regierungen und Parlamente.

Öffentlichkeitsarbeit bei Konsultationen verbessern



Konsultationen sind eine Möglichkeit, mit der EU-Bürger sich bei der europäischen Gesetzgebung einbringen können. Durch Konsultationen möchte die Kommission erfahren, wie

Gesetzesvorschläge, aber auch bestehende Gesetz von der Bevölkerung bewertet werden. Dabei sind die Bürgerinnen und Bürger dazu aufgefordert, ihre Meinung in öffentlichen Konsultationen, aber auch in Umfragebögen mitzuteilen.

Der Europäische Rechnungshof hat nun in einem Sonderbericht diese Konsultationen genauer untersucht. Speziell wurden dabei die Online-Konsultationen ausgewertet, die in letzter Zeit zur Zeitumstellung, zu Migrationsmaßnahmen und zur Agrarpolitik durchgeführt wurden. Dabei hat der Rechnungshof auch die Bürger, die sich mit eingebrachten Vorschlägen

beteiligt haben, nach ihrer Meinung gefragt und diese ausgewertet. Insgesamt fiel das Ergebnis positiv aus, sowohl die Auswertung der Konsultationen, als auch die Meinungsumfragen.

Verbesserungspotential sieht der Rechnungshof allerdings bei der Öffentlichkeitsarbeit. Um die niedrige Teilnehmerzahl zu erhöhen, soll die Kommission die Zusammenarbeit mit den mitgliedersstaatlichen Behörden vertiefen. Auch sollen Kommunikationskanäle angepasst werden, um das Teilnehmerspektrum zu erweitern und Informationslücken zu schließen. Dazu wird empfohlen, die Umfragen in allen Amtssprachen

Die Digitalisierung der Bildung schreitet voran

Das Eurydice-Netzwerk hat einen Bericht zur Entwicklung der digitalen Bildung vorgelegt. Es wurde untersucht, wie digitale Kompetenzen vermittelt und bewertet werden. Der Test bewertet die digitalen Fähigkeiten von Lehrern, die Strategien zur Unterstützung der digitalen Bildung und den Einsatz von Technologie in den einzelnen Mitgliedsstaaten.

Deutschland schneidet in diesem Test gut ab, besonders gelobt wird die Einführung

eines sechsten Digitalkompetenzgebietes. Neben den Bereichen Informations- und Digitalkompetenz, Kommunikation und Zusammenarbeit, Erstellung digitale Inhalte, Sicherheit und Problemlösung werden deutsche Schüler auch in Analyse und Reflexion gelehrt. Dies hatte die Kultusministerkonferenz im Jahr 2016 beschlossen. Ebenfalls positiv wird der „DigitalPakt Schule“ erwähnt, den die Bundesregierung im März 2019 verabschiedet hat. In diesem Beschluss sind fünf Milliarden

Euro für die Digitalisierung deutscher Schulen eingeplant.

Die Kommission verfolgt einen Digitalen Aktionsplan. Dieser umfasst elf Maßnahmen zur Förderung des Einsatzes von Technologien und der Entwicklung digitaler Kompetenzen in der Bildung. Dabei soll die Unterstützung der Mitgliedsstaaten zentraler Bestandteil sein.



Neues Terrorismusregister ist in Betrieb



In der Terrorismusbekämpfung arbeiten die Justiz und Staatsanwaltschaften im EU-Raum bereits eng zusammen. Um die Zusammenarbeit jedoch zu verbessern, wurde zum 1. September ein gemeinsames, europäisches Terrorismusregister eingerichtet. Dieses wird von der Justizbehörde der Europäischen Union, Eurojust, in Den Haag rund um die Uhr

verwaltet. Das Register sammelt Informationen, um Verbindungen zwischen Verfahren gegen Terrorverdächtige zu finden.

Durch das neue Register soll die Terrorismusbekämpfung zwischen den Mitgliedsstaaten effizienter und effektiver werden, denn Eurojust kann nun Verbindungen zwischen Terrorfällen in verschiedenen europäischen Staaten besser erkennen und den nationalen Behörden rechtzeitig und proaktiv Rückmeldung geben, sodass diese Folgemaßnahmen ergreifen kann. Neben islamistischem Terror

werden im Register auch links- und rechtsextremistische Aktivitäten festgehalten.

Letztendlich ist die Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Terrorismusregisters ein notwendiger Schritt zur Terrorismusbekämpfung. Denn die Anzahl der laufenden Justizverfahren, über die die EU-Behörde Eurojust informiert wird, wächst an, im Jahre 2018 beliefen diese sich auf 580. Somit wird eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Justizbehörden und Eurojust dazu führen, Europa sicherer zu gestalten.

Europapreis für Kommunen

Vorbildliche Partnerschaftsarbeit wird belohnt. Mit dem Europapreis zeichnet der Europarat jährlich Kommunen aus, die über Ländergrenzen hinweg zusammenarbeiten. Dabei gibt es vier verschiedene Auszeichnungen: das Europadiplom, die Ehrenfahne, die Ehrenplakette und als höchste Auszeichnung der Europapreis. Um in Frage zu kommen, müssen Städte und

Gemeinden einen Fragebogen ausfüllen, aus allen 47 Mitgliedsstaaten des Europarates werden dann die Gewinner gekürt.

Beantragen kann man die Auszeichnungen stufenweise. Bewerbungen bleiben auch über mehrere Jahre gültig, man muss aber jährlich einen Tätigkeitsbericht über europäische Aktivitäten vorlegen.

Somit kann man jedes Jahr um eine Auszeichnungsstufe klettern. Der Stichtag für den aktuellen Bewerbungszeitraum ist der 15. Januar 2020.

WEB-TIPP

Link zur Bewerbung:

<http://www.assembly.coe.int/nw/Page-EN.asp?LID=EuropePrize>

EUnited – Europa verbindet



So lautet das Motto des 67. Europäischen Wettbewerbs für Schüler. Ziel ist es, dass sich die jungen Menschen mit aktuellen europäischen Themen beschäftigen. Dabei können sich verschiedene Altersklassen sich mit den für sie ausgewählten Aufgaben auseinandersetzen - und das möglichst kreativ: Von

Texten über Bilder und Videos, bis hin zu Plakatserien, Poetry Slam oder selbst komponiert Hip-Hop-Songs – der Fantasie soll keine Grenzen gesetzt sein. Die europäische Jugend soll sich mit den Grundwerten der Europäischen Union befassen.

Die Anmeldephase läuft bereits, der Einsendeschluss für die Arbeiten ist für Hessen der 14. Februar 2020.

WEB-TIPP

Anmeldung:

<https://bit.ly/2pz0ELG>

IMPRESSUM

Michael Gahler
EVP-Fraktion im
Europäischen Parlament
ASP 15 E 262
B-1047 Brüssel
Tel +32-2-2845977
Fax +32-2-2849977
michael.gahler@
europarl.europa.eu
www.michael-gahler.eu
f michael.gahler.77

Europabüros:
Wasserweg 2
64521 Groß-Gerau
Tel: +49-6152-932510
und Steubenplatz 12
64293 Darmstadt
Tel: +49-6151-1712-13

Bildnachweis:

Europäisches Parlament,
Europäische Kommission